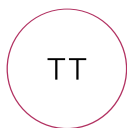


Offener Brief

Amazonas-Waldbrände: Veranstalter bittet Fremdenverkehrsamt um Hilfe

Seit Wochen wüten in Südamerika verheerende Waldbrände. Besonders schlimm hat es Brasiliens Amazonasgebiet getroffen. Reiner Stoll, Gründer des Veranstalters Travel to Nature, fordert nun das Brasilianische Fremdenverkehrsamt auf, Einfluss auf die Regierung zu nehmen.



Redaktion
26.08.2019, 14:39 Uhr



Rainer Stoll, Chef des Veranstalters Travel to Nature, bittet das brasilianische Fremdenverkehrsamt in einem offenen Brief darum, Einfluss auf die Regierung zu nehmen. Sein Ziel: die Brandrodung stoppen.

Foto: travel-to-nature

In dem Schreiben bittet Stoll den Vorstand des Brasilianischen Fremdenverkehrsamts in Frankfurt, Michel Polak Carlota, sich dafür einzusetzen, die Brandrodungen zu stoppen. „Eine nachhaltige Waldbewirtschaftung ist das Ziel. Die schnelle Ausbeutung des Ökosystems Regenwald wird mittel- und langfristig folgenschwere Auswirkungen auf unser Klima und die Biodiversität haben“, heißt es in dem Brief.

Stoll führt an, dass die Waldbrände nicht nur das normale Maß bei Weitem übersteigen, sondern auch politisch bedingt sind. So heißt es wörtlich: „Nach Einschätzung vieler Wissenschaftler trägt die Politik des jetzigen Präsidenten Bolsonaro einen großen Anteil an dieser Katastrophe.“

Naturschützer vermuten, dass die Brände gezielt von Bauern gelegt wurden, um mehr Weideflächen zu schaffen und den brasilianischen Präsidenten dabei zu unterstützen, die Umweltkontrollen zu lockern. Der wiederum verdächtigt die Umweltschützer der Brandstiftung als eine Art Rache für

gekürzte Budgets.

Die Brände im Regenwaldgebiet sind aktuell auch Thema auf dem G7-Gipfel in Biarritz. Dort haben sich die sieben größten Industrienationen, darunter auch Deutschland, auf eine technische und finanzielle Hilfe bei der Wiederaufforstung geeinigt.

Brasiliens Regierung hat mehr als 40.000 Soldaten für die Brandbekämpfung mobilisiert. Angefordert wurde die militärische Hilfe bislang von sieben brasilianischen Bundesstaaten. Betroffen sind neben Brasilien aber auch Nachbarstaaten wie Kolumbien und Bolivien, die nun auf Hilfe durch die Staatengemeinschaft hoffen. *(JUK)*

MEHR ZUM THEMA

BY COUNTERCUBE